



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 31.07.2013

Niederschrift

über die **Sondersitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 18.07.2013, 12:00 Uhr bis 12:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Ossi Werner Helling

GRÜNE

Herr Dr. Walter Schulz

SPD

Herr Dr. Schulz hat zu dem Tagesordnungspunkt TOP 11.1 den Vorsitz übernommen, da Herr Helling wegen möglicher Befangenheit den Vorsitz zu diesem Tagesordnungspunkt abgegeben hat.

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Möller

SPD

Als Vertretung für Frau Schultes

Frau Susana dos Santos Herrmann

SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach

SPD

Frau Kirsten Jahn

GRÜNE

Herr Horst Thelen

GRÜNE

Herr Dr. Ralf Unna

GRÜNE

Frau Katja Hoyer

FDP

Frau Regina Wilden

pro Köln

Herr Jörg Detjen

DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Ilse Stibbe

auf Vorschlag der CDU

Frau Antje Fratini

(FDP) auf Vorschlag der Grünen

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Peter Krücker	Caritasverband

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Edith Marschall	Seniorenvertretung der Stadt Köln
----------------------	-----------------------------------

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
----------------	--

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzender

Herr Michael Paetzold	SPD
-----------------------	-----

Vorsitzende

Frau Ursula Gärtner	CDU
---------------------	-----

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Schultes	SPD
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Herr Michael Plückthun	auf Vorschlag der CDU
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE.
------------------------	------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Herr Andreas Kossiski	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Dr. Christiane Köhler CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Elke Lerchner auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Carolina Brauckmann Rubicon, Beratungszentrum für Lesben und Schwule

Frau Michaela Diers AIDS-Hilfe Köln e.V.

Herr Jochen Saurenbach Bartmänner Köln e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helene Uckermann auf Vorschlag der Fraktion PRO KÖLN

Herr Richard Klein auf Vorschlag der Linken

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Antonella Giurano Bunte

Frau Annelie Appelmann doMS e.V.

Herr Carl-Wilhelm Rößler auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Monika Dierksmeier Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.

Frau Maria Hanisch Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Frau Susanne Schönewolf Diakonisches Werk

Frau Stella Shcherbatova Synagogengemeinde

Frau Ulrike Volland-Dörmann Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Frau Bärbel von der Linde Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

Herr Benzion Wieber Synagogengemeinde Köln

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Vorsitzende Herr Helling begrüßt die Anwesenden zur Sondersitzung des Ausschusses Soziales und Senioren. Er erklärt: „Mit der Einladung ist auch die besondere Dringlichkeit vermittelt worden. Es geht hierbei um eine verschobene Beschlussvorlage, die auf TOP 11.1 der Tagesordnung aufgeführt ist. Hierbei werden die Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege mit Zuschüssen bedacht, mit Globalmitteln und Zweckzuschüssen.“

Zur meiner möglichen Befangenheit erkläre ich, dass ich mich nicht für befangen halte. In der Verwaltung gibt es aber andere Einschätzungen. Da ich im Vorstand der Drogenhilfe sitze, welche wiederum in Verbindung zu den Wohlfahrtsverbänden steht.

Um einen möglichen Beschluss nicht zu gefährden, werde ich bei dem Tagesordnungspunkt 11.1 von der Sitzungsleitung zurücktreten und an Herrn Dr. Schulz als ältestes stimmberechtigtes Mitglied übergeben. So dass ich die Sitzung bis zum TOP 11.1 leiten werde und dann die Sitzungsleitung abgeben werde. Dann werde ich auch als Grünes Fraktions- Mitglied von Frau Jahn ersetzt, die sich noch im Zuschauerraum befindet. Die Befangenheit von Frau Jahn wurde ebenfalls geprüft und es ist festgestellt worden, dass sie eindeutig nicht befangen ist.“

Frau Hoyer: „Ich kündige für meine Fraktion an, dass ich das Verfahren nicht mittragen werde. Es gibt eine Regelung in der Gemeindeordnung, wie der Ausschussvorsitz zu besetzen ist. Die Ausschussvorsitzenden werden vom Rat gewählt und benannt und nicht im Rahmen des Ausschusses. Die Leitung in Form von Herrn Dr. Schulz als Altersvorsitzender ist deshalb unzulässig. Ich habe in der Gemeindeordnung nachgeschlagen und empfinde, dass dieses Verfahren nicht konform mit der Gemeindeordnung ist. Ich kündige bereits jetzt an, dass die FDP-Fraktion sich dagegen wehren wird und bitte darum, dass in diesem Ausschuss dieses Verfahren nicht gewählt wird. Dann haben wir eben keinen Ausschussvorsitzenden und zu diesem Punkt kann dann heute nicht beraten werden.“

Sie fragt, „auf welcher Rechtsgrundlage dieses Verfahren begründet ist.“

Frau Beigeordnete Reker antwortet, „dass vom Amt des Oberbürgermeisters das Verfahren ausdrücklich versichert worden ist. Es entspricht meiner Praxis seit mehr als 10 Jahren, dass in diesen Fällen Altersvorsitzende als Ausschussvorsitzende zu bestellen sind. Da es sich um eine Analogie handelt, liefere ich gerne eine Begründung nach Abschluss der Sitzung nach. Ich gehe davon aus, dass es sich um eine praktikable Lösung bei Urlaub oder Befangenheit der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden handelt, die sich mit der Gemeindeordnung vereinbaren lässt.“

Frau Hoyer spricht „ihre Verwunderung darüber aus, dass man bei einem so strittigen Thema in einem Ausschuss keine konkrete Rechtsgrundlage benennen kann. Dies ist vom Verfahren her nicht die Art und Weise, wie hier miteinander umgegangen werden sollte.“

Frau Beigeordnete Reker antwortet, „dass ich als Rechtsgrundlage die Gemeindeordnung benannt habe. Die Übung und die Vorgehensweise ist nicht nur hier in Köln, sondern auch in vielen anderen Städten üblich.“

Frau Hoyer beantragt, „dass der Punkt, an dem der Vorsitzende Herr Helling befangen ist, heute nicht beraten wird. Ich gehe davon aus, dass dann kein Ausschussvorsitzender anwesend ist und somit auch nicht beraten werden kann.“

Der Vorsitzende Herr Helling: „Ich rufe den Antrag von Frau Hoyer zur Abstimmung auf.“

Herr Helling stellt fest, „dass der Antrag von Frau Hoyer gegen die Stimmen der FDP und pro Köln abgelehnt wurde. Damit können wir jetzt in der Sitzung fortfahren.“

Herr Helling ruft die Tagesordnung auf und fragt nach Änderungswünschen zur Tagesordnung und stellt fest, dass keine Änderungswünsche vorliegen.

Er sagt, „dass ich zwei Mitteilungen zur Tagesordnung zu machen habe. Erstens dass der TOP 4.1, Kölner statistische Nachrichten, in die nächste Sitzung verschoben werden soll, weil die Sondersitzung nicht im Wesentlichen zum Zweck hat, allgemeine Mitteilungen zu verabschieden, sondern tatsächlich die Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 11.1 herzustellen.“

Zum zweiten schlage ich vor, dass der TOP 13.1 heute nicht behandelt werden soll, sondern in die nachfolgenden Gremien verwiesen wird, wegen der gleichen Begrün-

zung. Dieser Tagesordnungspunkt ist ursprünglich für die heutige Sondersitzung nicht vorgesehen gewesen und nachdem die Sondersitzung bekannt gegeben wurde, wurde dieser Tagesordnungspunkt nachträglich eingeschoben. Es gibt aber keine Notwendigkeit, diesen Tagesordnungspunkt kurzfristig zu behandeln.“

Herr Helling ruft die so besprochene Tagesordnung zur Abstimmung auf.

Herr Detjen sagt, „ich bitte darum den TOP 4.1 auf der Tagesordnung zu lassen.“

Der Vorsitzende Herr Helling erläutert, „dass heute einige Personen nur vertretungsweise in dem Ausschuss mitstimmen, weil es sich um eine Sondersitzung handelt und daher mit der grundsätzlichen Materie gar nicht vertraut sind. Man kann den TOP 4.1 gerne aufrufen und in der nächsten Sitzung noch einmal behandeln.“ Er stellt fest, dass dies nicht nötig sei. Der TOP 4.1 wird in die nächste Sitzung verschoben.

Der Vorsitzende Herr Helling ruft die so besprochene Tagesordnung noch einmal zur Abstimmung auf. Der Tagesordnung wird gegen die Stimmen der FDP und Pro Köln zugestimmt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
- 4 Mitteilungen**
 - 4.1 Kölner Statistische Nachrichten 2/2013
Zensus 2011 - Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung
Erste Ergebnisse
2305/2013

- 5 Wohnen**
- 6 Sachstand Programm Mülheim 2020**
- 7 JobCenter Köln**
- 8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten**
- 9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
 - 10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen
 - 10.1.1 Umwandlung von befristeten Arbeitsverhältnissen in Dauer-Arbeitsplätze
AN/0801/2013
 - 10.2 Aktuelle Anfragen
- 11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
 - 11.1 Verteilung von Haushaltsmitteln im Jahr 2014 aus dem Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit sowie 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen (Bereits auf der Tagesordnung der letzten Sitzung unter TOP 11.2)
hier: Verteilung Globalmittel und Zweckzuschüsse
2117/2013
- 12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 13 Ausschussempfehlungen an den Rat**
 - 13.1 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Produktbereich 05, Soziale Hilfen, im Haushaltsjahr 2012
2198/2013
- 14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
- 15 Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
- 4 Mitteilungen**
- 4.1 Kölner Statistische Nachrichten 2/2013
Zensus 2011 - Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung
Erste Ergebnisse
2305/2013**

In der Tagesordnungsdebatte wurde der Tagesordnungspunkt ohne Aussprache in die nächste Sitzung verschoben.

- 5 Wohnen**
- 6 Sachstand Programm Mülheim 2020**
- 7 JobCenter Köln**
- 8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten**
- 9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen**
- 10.1.1 Umwandlung von befristeten Arbeitsverhältnissen in Dauer-
Arbeitsplätze
AN/0801/2013**

Der Vorsitzende Herr Helling stellt fest, dass die Antwort der Verwaltung nicht vorliegen würde.

10.2 Aktuelle Anfragen

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Verteilung von Haushaltsmitteln im Jahr 2014 aus dem Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit sowie 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen (Bereits auf der Tagesordnung der letzten Sitzung unter TOP 11.2) hier: Verteilung Globalmittel und Zweckzuschüsse 2117/2013

Der Vorsitzende Herr Helling sagt, „dass ich für mich zum wiederholten Male feststelle, dass ich mich als Mitglied des Vorstandes Drogenhilfe nicht für befangen halte, aber andere Personen aus der Stadtverwaltung gehen von einer Befangenheit aus, so dass ich ab jetzt nicht mehr an der Sitzung teilnehmen werde.“ Frau Jahn übernimmt die Stellvertretung für Herrn Helling als Ausschussmitglied.

Der Vorsitzende Herr Helling übergibt den Vorsitz an Herrn Dr. Schulz.

Herr Dr. Schulz dankt Herrn Helling.

Der Altersvorsitzende Herr Dr. Schulz übernimmt die Sitzungsleitung. Er sagt, „dass auch wenn die Sitzung später angefochten werden sollte, ich mich an die Richtlinien der Gemeindeordnung halte.“ Er fragt, „welche Mitglieder des Ausschusses Soziales und Senioren sich selbst noch für befangen erklären. Ich stelle fest, dass sich Frau Blümel, Frau Harrer, Herr Ruda, Herr Krücker, und Herr Kersjes für befangen halten. Die Mitgliederinnen, die sich für befangen halten, dürfen sich auch nicht an der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt beteiligen. Ich gehe davon aus, dass nur sehr wenige Personen an der Diskussion teilnehmen können.“

Frau Wilden erklärt: „Ich halte die Sitzung für merkwürdig und kritisiere, dass sich die Wohlfahrtsverbände nicht an der Diskussion beteiligen dürfen, obwohl es um ihre Sache geht. In meinen Augen ist dies keine Befangenheit. Der Vorsitzende wurde ausgewechselt und es darf nur in dem Sinne von Herrn Dr. Schulz abgestimmt werden. Ich habe das Gefühl, dass nur getrickt und getäuscht werden soll.“

Herr Dr. Schulz: „Ich ermahne sie jetzt Frau Wilden und erinnere daran, dass nach den Richtlinien der Gemeindeordnung verfahren wird. Die Personen der Liga halten sich selbst für befangen und alle sind willens, sich an die Gemeindeordnung zu halten. Die Gemeindeordnung sieht vor, dass das Verfahren überprüft werden kann. Frau Hoyer hat diese Überprüfung angekündigt und dies ist auch ihr gutes Recht.“

Herr Dr. Schulz stellt fest, „dass die Vorlage der Verteilung der Globalmittel und Zweckzuschüsse auf Kritik stösst. Ebenfalls unterliegen die Globalmittel keiner bestimmten Zweckbestimmung. Die Globalmittel dienen der allgemeinen Förderung der Wohlfahrtsverbände und leiten sich aus dem Verhältnis von öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege ab. Sie sind seit 1986 für die fünf Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege für nicht gedeckte Personal- und Sachkosten unabhängig von der Einzelprojektförderung gewährt worden. Für diese regelmäßigen Zuschüsse und auch in regelmäßigen Abständen erhöhten Zuschüsse gibt es kein erkennbares Regelverfahren. Die Höhe und die Art der Zuschüsse sind historisch gewachsen. Die Verwaltung legt einen anderen Vorschlag für die Verteilung der Globalmittel mit dem Ziel vor, nachvollziehbare Parameter für die Verteilung zu gewinnen. Die DRK wird im Verhältnis zu den anderen Spitzenverbänden nicht so stark von den finanziellen Kürzungen

betroffen. Auf die vier großen Spitzenverbände kommen finanzielle Kürzungen zu. Der Sockelbetrag für die Synagogengemeinde und Zweckzuschüsse im sozialen Bereich werden nicht in die Kürzungen mit einbezogen. Für mich ist der Vorschlag transparent, gerecht und nachvollziehbar. Die sozialpolitischen Sprecher der SPD haben die Vertreter der Liga angeschrieben und ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass dies die Position der SPD ist. Einem alternativen Vorschlag der Liga, würden wir aber aufgeschlossen begegnen. Zu einem eigenen Vorschlag der Liga ist es aber nicht gekommen und es steht auch kein Vorschlag der Liga in Aussicht. Deshalb soll heute entschieden werden. Die SPD Fraktion wird so entscheiden, wie es die Verwaltung vorgeschlagen hat.“

Herr Detjen erinnert daran, „dass gestern der Jugendhilfeausschuss keine Entscheidung getroffen hat und drei Fraktionen die gestrige Sitzung boykottiert haben. Der Grund für die Boykothaltung der Fraktionen liegt für mich darin, dass die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Globalmittel gekürzt haben. Die Situation ist so, dass über einen neuen finanziellen Betrag neu über die Verteilung entschieden werden muss. Ich bin froh, dass die Globalmittel zu 50% erhalten geblieben sind. Für diese finanziellen Mittel hat es seit über 20 Jahren einen festen Verteilungsschlüssel gegeben. Dies ist zwar keine feste Satzungsgrundlage, die Verteilung ist aber historisch gewachsen. Dieses Verfahren ist für mich eine feste Regelung. Bevor man diese Regelung ändert, soll man zuerst mit den Akteuren diskutieren und einen Verfahrensvorschlag erarbeiten. Ich verweise auf die aktuellen Presseartikel zu diesem Thema, demnach müssen die ‚Fakten auf den Tisch‘. Es soll ein Verfahren eingeleitet werden, das auch in der Öffentlichkeit transparent diskutiert werden kann. Ich appelliere an die Sitzungsteilnehmer, heute keine Entscheidung zu treffen, und bitte die Vertreter der Liga, dass sie einen eigenen Vorschlag erarbeiten. Ich halte eine Einigung der Liga für möglich. Die Sommerzeit soll dazu genutzt werden, eine gemeinsame Lösung zu finden. Vor allem auch deshalb, weil der Jugendhilfeausschuss noch keine Entscheidung getroffen hat.“

Frau Wilden äußert, „dass bei Mehrausgaben auf der einen Seite, Lücken auf einer anderen Seite entstehen lassen können. Ich bedauere, dass die Wohlfahrtsverbände und damit die Hilfsbedürftigen in unserer Gesellschaft von den finanziellen Kürzungen betroffen sind. Falls es zu einer Abstimmung kommt, werde ich gegen die vorliegende Beschlussvorlage stimmen.“

Frau Hoyer sagt, „Das heutige Verfahren ist ein Schauspiel. Ich kritisiere, in welcher Form hier ein Beschluss gefasst werden soll. Ich verstehe, dass sich die Wohlfahrtsverbände heute nicht an der Diskussion beteiligen. Weil das Thema Befangenheit von der Gemeindeordnung gedeckt ist. Ich erinnere aber an frühere Sitzungen, an denen sich meiner Erinnerung nach immer alle Sitzungsteilnehmer zu jedem Thema äußern durften. Ich empfinde, dass heute mit aller Macht ein Beschluss „durchgepeitscht“ werden soll. Ich beziehe mich auf die Äußerung von Herrn Dr. Schulz, dass es keine Regelung zur Verteilung der Globalmittel gibt. Für mich ist erkennbar, dass je näher die Wohlfahrtsverbände mit „Rot-Grün“ kooperierten, desto mehr finanzielle Zuwendungen erhalten sie. Ich bedauere diese Entwicklung, weil ich die Arbeit aller Wohlfahrtsverbände sehr schätze. Ich kann es nicht nachvollziehen, dass Wohlfahrtsverbände, die nicht die Nähe zu „Rot-Grün“ suchen, die finanziellen Kürzungen tragen müssen. Ich bin zwar traurig, dass sich die Liga nicht einigen können, aber ich kann die Caritas verstehen, dass sie bei solchen Kürzungen nicht zustimmt. Ich werde gegen den vorliegenden Beschluss stimmen.“

Frau Jahn: „Hier und heute erleben wir wirklich ein Schauspiel. Allerdings geht dieses Schauspiel von der CDU-Fraktion aus, die durch Abwesenheit ‚glänzen‘. Auch die FDP-Fraktion ist gestern wie die CDU Fraktion nicht im Jugendhilfeausschuss vertre-

ten gewesen. Auch die Fraktion Die Linke hat diesen Boykott mit unterstützt. Für mich ist das ein sehr seltsames Bündnis. Ich erkläre, dass sowohl von der CDU als auch von der FDP keine Änderungen zu diesem Punkt im Haushalt eingebracht worden sind. Die Verwaltung hat eine Kürzung der Globalmittel von 75% vorgeschlagen. Daraufhin haben die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen festgelegt, dass solch eine Kürzung für die Wohlfahrtsverbände zu hoch ist. Ich schätze die Arbeit der Wohlfahrtsverbände und deshalb ist eine 50%-Kürzung erwirkt worden. Die CDU- und die FDP-Fraktion haben die 75%-Kürzung akzeptiert. Ich vertrete die Auffassung, dass diese Förderung gerecht, transparent und klar ist. Wenn etwas historisch gewachsen ist, kann es auch irgendwann geändert werden.“

Herr Dr. Schulz: „Ich unterstütze die Aussagen von Frau Jahn. Die Aussagen von Frau Hoyer und der Umstand, dass eine Fraktion gar nicht zu der Sitzung erscheint, empfinde ich als befremdlich. Im Jugendhilfeausschuss ist dies noch deutlicher gewesen. Die Unterstellung, dass Förderbeiträge wegen politischer Nähe von Rot-Grün verteilt würden, weise ich entschieden zurück. Auch ist das DRK nicht von der Kürzung betroffen. Den Umkehrschluss, dass die derzeitige Ungleichverteilung der Förderung aus der Vergangenheit resultiert, möchte ich nicht machen. Ich bestätige die Aussage von Frau Jahn, dass es keine Vorschläge der CDU und der FDP zu dieser Vorlage gegeben hat. Für mich grenzt es an Infamie, dass die jetzige Gleichbehandlung der Förderung, mit einer Nähe zu politischen Kreisen gleichgesetzt werde. Bei den finanziellen Summen, die verteilt werden sollen, wird Rücksicht auf ein Arbeitspapier genommen, welches die Liga selbst vorgelegt hat. In diesem Papier sind die Leistungen, welche die Liga der Wohlfahrtsverbände erbringt, deutlich dargestellt, ohne, dass eine quantitative Gewichtung erstellt wird. Es wird ausdrücklich gesagt, dass die Aufgaben gemeinsam wahrgenommen werden. Für mich lässt sich daraus eine Gleichbehandlung ableiten und keine Ungleichbehandlung.“

Herr Detjen: „Ich erinnere mich daran, dass in der Haushaltsdebatte die Globalmittelfrage eine entscheidende Rolle gespielt hat. In meinen Reden habe ich mindestens dreimal kritisiert, dass die Globalmittel gekürzt werden sollen. Über die Bedeutung dieser finanziellen Mittel ist intensiv mit den Vertretern der Liga gesprochen worden. Auch kann ich mich an den Veränderungsnachweis im Finanzausschuss erinnern, wo die Fraktion Die Linke die Rücknahme der Kürzung der Globalmittel beantragt habe. Die Aussage, dass es jetzt das erste Mal sei, dass die Kürzung bei den Globalmitteln kritisiert wird, empfinde ich als unfair. Ich habe darauf hingewiesen, dass das Problem der Globalmittel der Punkt ist, dass Rot-Grün die Frage des Subsidiaritätsprinzips missachtet. Die Globalmittel sind für Köln auch deshalb interessant, weil so neue Projekte entwickelt werden können. Ich mache darauf aufmerksam, dass Frau Hoyer nur ein öffentliches Zitat wiedergegeben hat. Es besteht aber immer noch die Möglichkeit, dass sich die Liga berät und einen gemeinsamen Vorschlag entwickelt. Dafür benötigt man aber noch etwas Zeit, die Sommerpause. Die alte Regelung, dass der Caritasverband 40% der finanziellen Mittel erhält, kann durchaus hinterfragt werden. Das soll aber in einem transparenten und offenen Verfahren geschehen. Für mich ist es wichtig, dass die Liga sich einig sei. Dies muss das Ziel der Sozialpolitik sein. Ich weise darauf hin, dass dieser Vorgang in der Öffentlichkeit zu verschiedenen Unstimmigkeiten geführt hat. Unter anderem hat der Stadtdechant die Kürzungsabsicht öffentlich kritisiert.“

Herr Dr. Schulz „Ich mache darauf aufmerksam, dass der Stadtdechant in dieser Frage nicht unbefangen ist.“

Frau Beigeordnete Reker sagt, „Ich weise darauf hin, dass auch das Deutsche Rote Kreuz von einer 50%-Kürzung betroffen ist.“

Herr Dr. Schulz: „Ich danke für die Klarstellung. Hier lag ein Fehler von meiner Seite vor.“

Frau Hoyer dankt „ebenfalls für die Klarstellung. Ich entgegne der Aussage von Frau Jahn, dass die FDP-Fraktion keine eigenen Vorschläge zur Kürzung der Globalmittel eingebracht hat. Es ist nie der Vorwurf gemacht worden, dass es überhaupt in diesem Bereich Einsparungen geben muss. Grundlage für die heutige Diskussion ist die Verteilung der Globalmittel aufgrund der vorliegenden Kürzungen. Ich empfinde diese vorgeschlagenen Kürzungen als ungerecht. Die Argumentation, dass jetzt alle Verbände das gleiche Geld bekommen, ist nicht nachzuvollziehen, da die Wohlfahrtsverbände unterschiedlich groß sind. Auch bei der vorherigen Verteilung der Globalmittel hat man sich Gedanken gemacht. Dies scheint jetzt alles nicht mehr zu gelten und ich empfinde dies als bemerkenswert. Ich bedauere für das soziale Köln, dass die Vorlage heute durchgepeitscht werden. Ich glaube, dass die Menschen, die in den Wohlfahrtsverbänden aktiv sind, das Gefühl vermittelt bekommen, dass man weniger Geld erhält, weil man in der Caritas ist.“

Herr Dr. Unna äußert sich, „dass nur einer von den großen Wohlfahrtsverbänden mit den Kürzungen Schwierigkeiten hat. Alle anderen arrangieren sich mit den Kürzungen. Ein Demokratieverständnis, bei dem man durch Abwesenheit versucht, Entscheidungen zu boykottieren, habe ich von einer Volkspartei nicht erwartet. Mir ist kein Deckungsvorschlag der Linken bei dem Thema Globalmittel bekannt. Und nur damit zu argumentieren, wir haben seit 20 Jahren immer so verteilt, ist für mich kein stichhaltiges Argument. Ich würde diese Debatte gerne hier beenden und zur Abstimmung kommen.“

Herr Dr. Schulz „Ich rufe die Vorlage zur Abstimmung auf. Ich erinnere noch einmal daran, dass sich das hier praktizierte Verfahren an die Gemeindeordnung hält.“

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, die in 2014 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 467.800,00 € wie folgt zu gewähren.

Spitzenverband/Globalmittel	Zuschussbetrag
Arbeiterwohlfahrt	100.454,91
Caritasverband	100.454,91
Diakonisches Werk	100.454,91
Der Paritätische	100.454,91
Deutsches Rotes Kreuz	31.038,09
Synagogengemeinde (Sockelbetrag)	25.648,14
Spitzenverband/Mitglied/Zweckzuschüsse	
Heilsarmee	1.176,64
DRK Suchdienst	1.817,89
Synagogengemeinde	2.910,60
Mitternachtsmission	1.975,18
DRK Personalzuschuss z. Betreuung v. Selbsthilfegruppen	1.413,80
Summe	467.800,00

2. Der Jugendhilfeausschuss –Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt, die in 2014 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 370.000,00 € wie folgt zu gewähren.

Spitzenverband/Globalmittel	Zuschussbetrag
Arbeiterwohlfahrt	90.042,44
Caritasverband	90.042,44
Diakonisches Werk	90.042,44
Der Paritätische	90.042,44
Deutsches Rotes Kreuz	9.830,24
Summe	370.000,00

Im Haushaltsjahr 2014 stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) Mittel in Höhe von 370.000,00 € und im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) Mittel in Höhe von 467.800,00 € zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die FDP und Pro Köln mehrheitlich zugestimmt.

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

13.1 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Produktbereich 05, Soziale Hilfen, im Haushaltsjahr 2012 2198/2013

In der Tagesordnungsdebatte wurde dieser Tagesordnungspunkt ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Anfragen